

Antrags-Nr.: 1.7.-071

Thema: Jugendpolitik stärken – AWO als Partnerin junger Menschen profilieren!

Zur Stärkung der Jugendpolitik in allen gesellschaftlichen Bereichen auf kommunaler-, Länder-, Bundes- und europäischer Ebene sind folgende Forderungen umzusetzen und gleichzeitig im Rahmen von Selbstverpflichtungen der AWO zu gestalten:

- Die Selbstorganisation junger Menschen muss räumlich, zeitlich und strukturell unterstützt und aktiv gefördert werden.
Hierzu sind geeignete und auf Dauer angelegte Rahmenbedingungen verbindlich zu schaffen.

Die AWO selbst verpflichtet sich, jungen Menschen diese Möglichkeit im Rahmen des eigenen Jugendverbandes (AWO Jugendwerk) zu ermöglichen.

- Die notwendige fachliche Steuerung und Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe ist im Rahmen der Jugendhilfeplanung sicherzustellen.
Jugendhilfeplanung entwickelt Methoden und Modelle der lokalen und unmittelbaren Partizipation von Kindern und Jugendlichen, um deren Bedarfe in alle Planungen direkt einfließen zu lassen. Voraussetzung hierfür ist eine kompetente, regional ausdifferenzierte und regelmäßig veröffentlichte lokale Kinder- und Jugendberichterstattung durch den öffentlichen Jugendhilfeträger, die flächendeckend eingeführt werden muss. Jugendhilfeplanung muss unter Einbeziehung junger Menschen erfolgen, denn fachliche Steuerung bedarf des Wissens über die Lebenswelten von jungen Menschen im Sozialraum.

Innerhalb der Arbeiterwohlfahrt wird jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet, in allen Gremien und Entscheidungsstrukturen bei der Ausgestaltung verbandlicher Positionen und Aktivitäten mitzuwirken.

- Kinder und Jugendliche müssen stimmberechtigt in Jugendhilfeausschüsse eingebunden sein.
Jugendhilfeausschüsse auf Kommunal- und Landesebene sind bezüglich ihrer politischen Funktion und Gestaltungskompetenz neu zu beleben.
Jugendhilfeausschüsse müssen sich wieder verstärkt als sozial- und fachpolitische Gremien verstehen, in denen Kinder und Jugendliche Mitwirkungs- und Mitentscheidungskompetenzen erhalten.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2012
23.11. – 25.11.2012 in Bonn

Die Arbeiterwohlfahrt und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt verpflichten sich, dies bei der Auswahl der Vertreter/innen in den Ausschüssen zu berücksichtigen und vor allem auch jungen Menschen Mandate zu übertragen. Die AWO verpflichtet sich sie hierfür zu qualifizieren.

- Partizipationsmöglichkeiten von jungen Menschen sind strukturell auf allen Ebenen (Kommune, Land, Bund) zu verankern. Insbesondere neue Formen der Partizipation, die den geänderten Lebensgewohnheiten von Jugendlichen entsprechen, sind zu entwickeln. Neben Kinder- und Jugendparlamenten, Kinder- und Jugendbüros, lokalen Bündnissen etc. sind vor allen Dingen neue Formen der Mitwirkung zu erproben. Junge Menschen nutzen selbstverständlich neue Medien. Diesem Umstand ist Rechnung zu tragen, auch hier ist Beteiligung möglich.

Die Arbeiterwohlfahrt bietet verbandsintern jungen Menschen die Möglichkeit, sich an allen Entscheidungs-, Meinungs- und Bildungsprozessen zu beteiligen. Hierzu verpflichtet sich die AWO die neuen Medien offensiv zu nutzen.

- Die aktuelle EU Jugendstrategie, mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen in Bildung und Beschäftigung zu schaffen, sowie das gesellschaftliche Engagement, die soziale Eingliederung und die Solidarität aller jungen Menschen zu fördern, ist in der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen zu verfolgen.

Die Arbeiterwohlfahrt öffnet ihre Einrichtungen und Dienste für junge Menschen, damit diese Erfahrungen sammeln und neue Kompetenzen erlangen können. Sie ist offen für neue Impulse und Gestaltungsvorschläge junger Menschen und geht aktiv auf sie zu.

- Die im SGB VIII vorgeschriebene Förderung der Angebote der Jugendarbeit und der Strukturen von Jugendverbandsarbeit ist Voraussetzung für die Umsetzung einer nachhaltigen Partizipationspolitik. Der Anspruch junger Menschen auf eine bedarfsgerechte Ausgestaltung von Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit muss endlich vollständig umgesetzt werden.

Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich in den kommunalen, Landes- und Bundesgremien der Jugendhilfe für eine dem Bedarf entsprechende und nachhaltig wirkende Förderung der Jugendarbeit und die Sicherung langfristig wirksamer Jugendverbandsstrukturen ein.